

Protokoll zum Wassersymposium im Ökowerk Berlin am 6. Oktober 2007  
Protokollant: Thomas Thierschmann

DISKUSSIONEN „Muss unsere Region austrocknen? Über Berlins Umgang mit Wasser und den Wasserbetrieben.“

14:30

Einführung und Moderation von Dr. Hartwig Berger, Ökowerk Berlin – unter Verwendung der von Dr. Andreas Meißner vorbereiteten Folien:

- \* Vorstellung des Tagungsprogramms mit zwei Themenbereichen:
  1. Teilprivatisierung ist umstritten – Wasserbetriebe vollständig zurück in die kommunale Hand? / Verstärkte kommunale Kontrolle? ⇒ Verweis auf Arbeitsgruppe + Abschlussplenum
  2. Wasser in der Landschaft / Umgang Oberflächenwasser ⇒ Plenum + Arbeitsgruppe
- \* Verweis auf das offene Diskussionspapier „Klare Spree“
- \* Einführung in die Problematik: Gereinigte Abwässer tragen weiterhin zu viel Nährstoffe in die Gewässer ein, was u. a. zu regelmäßigen zu Blaualgenblüten führt. Berliner Wasserbetriebe (BWB) leiten geringe Mengen gereinigten Abwassers (sog. Klarwasser) auf einige Rieselfelder (Karoliner Felder, Bucher Rieselfelder). Des Weiteren reichern die BWB an ausgewählten Standorten, zumeist in den städtischen Randlagen, über eine künstliche Versickerung das Grundwasser an. Wichtig ist auch die Brandenburger Sicht.
- \* Vorstellung der Referenten des Plenums:
  1. Thomas Avermann, Referatsleiter Wasserrahmenrichtlinie, Hydrologie und Gewässergüte beim Landesumweltamt Brandenburg
  2. Manfred Krauß, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Landesverband Berlin
  3. Matthias Rehfeld-Klein, Wasserwirtschaft, Wasserrecht und Geologie bei der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz
  4. Christian Thomasius, Leiter der Abteilung Grundsatzplanung bei den Berliner Wasserbetrieben

PLENUM

Thomas Avermann

zur Grundsituation des Landschaftswasserhaushalts in Brandenburg und der Klimaänderung:

- \* Brandenburg ist mit über 33.000 km Fließgewässer und ca. 3.000 Seen > 1 ha eine gewässerreiche, jedoch niederschlagsarme Region
- \* Extremwetterereignisse führen immer häufiger zu Hochwassersituationen an Elbe und Oder oder zu Dürreperioden wie z. B. die Frühjahrstrockenperiode in diesem Jahr
- \*
- \* Anstieg der mittleren Jahrestemperatur um 0,9°C
- \* Leichter Rückgang der Jahresniederschlagsmengen (im Winter eine Zunahme von 23,9 mm; im Sommer eine Abnahme von 24,7 mm)
- \* Hydromelioration der Niederungen und Bergbau verschärfen die

### Wassermangelsituation

- \* Die früher (um 1700) weit verbreiteten Moore sind heute mehrheitlich durch von Entwässerungsgräben durchzogene landwirtschaftliche Nutzflächen ersetzt
- \* Absinken des Grundwasserspiegels um durchschnittlich 3 cm und mehr pro Jahr im Einzugsbereich Berlins sowie im Norden Brandenburgs von 1970 bis 1999
- \* Rückgang der Abflüsse in den Quellgebieten von Havel (- 1,5%/Jahr) und Spree (- 0,3%/Jahr) von 1961 bis 2002
- \* Der Vortrag schließt mit dem Bild einer sibirischen Gewässerlandschaft

Manfred Krauß

zu den gewässerkundlichen Defiziten im Ballungsraum Berlin:

- \* Trinkwasserförderung aus Brunnen entlang der Havel verursacht ein Austrocknen der flussnahen Uferbereiche und damit verbunden ein Absterben der Vegetation
- \* Wasserhaushalt von Mooren und Gewässern im Grunewald, wie z. B. der Pechsee, hängen vom Niveau des Grundwasserspiegels ab. Auch weit abgelegene Förderungen von Grundwasser über Trinkwasserbrunnen haben fatale ökologische Auswirkungen auf diese Landschaftselemente. Sie trocknen aus. Wie z. B. der Barsee, dessen GW-Spiegel um 6 m absank. Neben der Flora ändert sich auch die Fauna. Amphibienbestände gehen deutlich zurück.
- \* Zu ihrem Fortbestehen wird einzelnen Gewässern Wasser, im Falle der Grunewaldseen Havelwasser, bei anderen, wie dem Teufelssee, soll es Grundwasser sein, zugeführt, um ihr Austrocknen zu verhindern, zugleich aber auch etwas für die Grundwasseranreicherung zu tun
- \* Das Naturschutzgesetz trifft klare Aussagen (§ 22, Abs. 3). Gefordert wird ein Grundwasserbewirtschaftungsplan.
- \* Die Grundwasserentnahmen durch die Wasserbetriebe verstoßen gegen die Bestimmungen der EG-Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie und der EG-Wasserrahmenrichtlinie

Matthias Rehfeld-Klein

zum Berliner Gewässersystem und Leitbildern zur Gewässerentwicklung:

- \* Stadtnahe Wasserver- und Abwasserentsorgung; Schutz der Oberflächengewässer (OFG) und des Grundwassers (GW); Wasserführung von Spree und Havel
- \* Bei Havel und Spree handelt es sich um rückstaugeregelte Fließgewässer. Der Wasserzufluss nach Berlin und –abfluss Richtung Elbe wird mittels Stauwerken geregelt.
- \* Berliner Wasserbetriebe fördern jährlich 210 m<sup>3</sup> Rohwasser, davon 110 m<sup>3</sup> aus Oberflächengewässern, 20 m<sup>3</sup> aus angereichertem Grundwasser und 80 m<sup>3</sup> aus Grundwasser
- \* Die Menge des heute in Berlin Berliner gebrauchten Trinkwassers entspricht dem Stand der 50er Jahre
- \* Leitbilder:
  1. Sicherung der Trinkwasserversorgung aus dem Stadtgebiet
  2. Aufbereitung des Rohwassers zu Trinkwasser

- 3. Ökologisch intakte Gewässer
- \* Herausforderungen / Ansätze:
  1. Analyse der Prozesse
  2. Langfristige Sicherung der OFG und des GW durch angepasste Bewirtschaftungsstrategien
  3. Anpassung von Infrastrukturen
- \* These: Unsere Region muss und wird nicht austrocknen!
- \* Maßnahmen zur Stützung des Landschaftswasserhaushalts

Moderator Hartwig Berger

erinnert im Übergang zum nächsten Impuls-Referat an die auffallende Image-Kampagne der Wasserbetriebe in diesem Jahr. Knoblauchkröte und Windelschnecke stehen im Zentrum einer stadtweiten Plakataktion. Damit soll das Umweltengagement der BWB herausgestellt werden - <http://www.bwb.de/content/language1/html/index.php> und <http://www.bwb.de/content/language1/html/830.php>

Christian Thoma-sius

mit Vorstellung von Maßnahmen der BWB zur Verbesserung des Wasserhaushalts und der Gewässergüte in der Region, (a) zur Stabilisierung und Verbesserung der Oberflächengewässer und des Grundwasserhaushalts und (b) der dezentralen Versickerung von gereinigtem Abwasser:

- \* Kurzer Rückblick auf den vor drei Tagen gefeierten „Tag der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990“ und das seitdem Geleistete zur Überwindung der Folgen der Teilung Deutschlands und Berlins. Seitdem sind bis 2005 sind rund 6 Mrd. € in Wasserver- und Abwasserentsorgungssysteme investiert worden.
- \* Strategiewechsel zum Halten von Wasser in der Landschaft, statt es schnell über Oberflächengewässer abzuleiten. Dafür 3 Grundprinzipien:
  - Vermeidung: Flächenabkopplung, Fehllanschlüsse in Trenngebietern beseitigen; dezentrale, lokale Versickerung intensivieren; Straßenregelprofil und Straßenabläufe optimieren
  - Verringerung: Fortführung Sanierung im Mischgebiet bis 2020 (Regenbecken und Kanalstauraum/Wehre), Einführung Verbundsteuerung Pumpwerksbetrieb, Anpassung Regelverteilung Abwasserströme und Förderwege, Aktivierung zusätzlicher klärwerksnaher Speicherkapazitäten (EG WRRL)
  - Verwertung: Kapazitätsanpassung Klärwerke + Abwasserpumpwerke, Verwertung gereinigter Abwässer auf Grün- und Waldland
- \* Übersicht über das Ver- und Entsorgungssystem innerhalb des Stadtgebietes unter der Frage „Urbaner Ballungsraum versus hoch empfindliche Gewässer- und Ökosysteme?“
  - Trinkwasserwasserversorgung mittels (a) Grundwassernutzung, jährl. rund 205 m<sup>3</sup> und (b) Entnahme von Oberflächenwasser von jährlich 77 m<sup>3</sup>. – Die geförderte Grundwassermenge setzt sich zu 56% aus Uferfiltrat von Spree und Havel, zu 14% aus künstlicher Grundwasseranreicherung und zu 30% aus natürlicher Grundwasseranreicherung zusammen.
  - Abwasserentsorgung: Jährlich abzuleitenden Wassermengen belaufen sich auf rund 225 Mio. m<sup>3</sup> gereinigtes Abwasser aus

Klärwerken, etwa 37 Mio. m<sup>3</sup> Regenwasser und rund 6 Mio. m<sup>3</sup> Mischwasser bei Starkregen

- Zur Stützung des Landschaftswasserhaushalts werden jährlich etwa 11 Mio. m<sup>3</sup> gereinigtes Abwasser der Nuthe-Notte-Niederung, etwa 2 Mio. m<sup>3</sup> Hobrechtsfelde und ca. 1 Mio. m<sup>3</sup> den Rieselfeldern der Karolinenhöhe zugeleitet.
- \* Im Zeitraum von 1988 bis 2005 hat der Wasserverbrauch Berlins um 44% abgenommen.
- \* Seit 1990 hat sich durch eine verbesserte Reinigungsleistung der Klärwerke der Anteil an Abfall- und Schadstoffen am gereinigten Abwasser verringert: bei Abfallstoffen um 46%, bei Stickstoff und Phosphor um 80% und Ammonium um 98%. Die Nährstoffbelastung wird weiter kontinuierlich reduziert. Ziel ist es, den Klarwasserabfluss aus den Klärwerken mittels Mikrofiltration so weit zu steigern, dass die Gewässer die Trophiestufe 2 erreichen.
- \* Etwa drei Viertel der mit einer Kanalisation versehenen Gebiete Berlins werden nach dem Trennverfahren (Schmutz-/Regenwasser) und ein Viertel nach dem Mischverfahren (im Stadtzentrum) entwässert:
  - Die Gebiete mit Trennkanalisation umfassen eine versiegelte Fläche von ca. 92 km<sup>2</sup>. Ein Teil des Niederschlags verdunstet. Der Großteil ist jedoch zu entwässern; etwa 300-400 mm des jährlichen Niederschlags bzw. 28-37 Mio m<sup>3</sup>. 8% dieses Abflusses werden behandelt; in Versickerungsmulden, Bodenretentionsfiltern und Regenklärbecken.
  - Das mischentwässerte Einzugsgebiet, im Innenstadtbereich, umfasst eine versiegelte Fläche von etwa 64 km<sup>2</sup>. Die darauf abfließende Niederschlagsmenge von etwa 300-400 mm jährlich (=19 bis 26 Mio m<sup>3</sup>) fließt unbehandelt ab. Bei Starkregen kommt es vor, dass der Niederschlag zusammen mit Schmutzwasser ungereinigt in die Fließgewässer der Innenstadt abfließt. Um das zu verhindern werden weitere Regenüberlaufbecken, Stauraumkanäle und ein „qualifiziertes Mischsystem“ gebaut.

## Diskussion

### Fragen:

- \* Frau Schermer zum Strategiewechsel. Was ist darunter zu verstehen? Wie verhält es sich mit dem Rückgang der Investitionen? Bis 2009 gibt es eine Investitionsgarantie von 250 Mio. € jährlich. Wie geht es danach weiter? Und welcher Art sind die Investitionen. Wie ist die Aussage des Pressesprechers zu verstehen, dass es zurzeit im Unternehmen „fachliche“ Diskussionen zu zukünftigen Investitionen gibt?
- \* Herr Rudek zur Wasserqualität. Der hohe Kalkgehalt der Berliner Gewässer verursacht einen höheren Energieverbrauch in den Haushalten? Wie steht es um die Nanofiltration?
- \* Ein Gast vermisst auf dem Podium ökologische Denker, die, wie z. B. Prof. Ripl, sich wirklich zum Landschaftswasserhaushalt auskennen und auch Alternativen zur Wasserbehandlung aufzeigen können

### Antworten:

- \* Herr Thomasius erläutert den Strategiewechsel bei den Wasserbetrieben: Es geht darum, Wasser nicht mehr so schnell über Spree, Havel und Elbe in die Nordsee abzuführen, damit das Land auszutrocknen, sondern darum, das Wasser in der Berlin/Brandenburger Landschaft zu halten. Bis 2009 wollen die Wasserbetriebe (lt. Vertrag von 1999 mit RWE/Veolia) 5 Mrd. DM (also 2,5 Mrd. €) investiert haben. Seit 2003 wurden jährlich 230/240 Mio. € investiert, davon 200 Mio. € für die Erneuerung der Wasserversorgungs- und -entsorgungsanlagen sowie 30-40 Mio. € für die Netzerweiterung plus 5-7 Mio. € für Neuanschlüsse an die Kanalisation. Kalk braucht nicht entfernt zu werden. Filtration und Belüftung reichen vollkommen aus, um ein hygienisch einwandfreies Trinkwasser dem Kunden anbieten zu können. Eine Entkalkung ist teuer und würde die Chlorung des Trinkwassers notwendig machen.
- \* Herr Krauß als Umweltverbandsvertreter bezweckt mit seiner Kritik an den Wasserförderregimes der Wasserbetriebe nicht den Wunsch, aus dem Grunewald eine Sumpflandschaft zu machen. Die Einleitung von gereinigtem Abwasser in Berlins Gewässer mit dem Ziel der Hebung und Bewahrung des Wasserstandes hält er jedoch für keine gute Idee. Beim gegenwärtigen Stand der Reinigung ist das nicht zu verantworten. Die Wasser der Klärwerksabläufe ist enthält allzu viel Schadstoffe. Das Klarwasser sollte außerhalb der Stadt, z. B. ins Rhinluch eingeleitet werden.

Fragen:

- \* Frau Kosche zur Mischwasserkanalisation. Im Sommer gelangt bei Starkregen ungeklärt viel Schmutzwasser in Berlins Innenstadtgewässer? Wie steht es um die Offenlegung der (Geheim)Verträge?

Antworten:

- \* Herr Thomasius verweist auf den Bau von Regenwasserrückhaltebecken in Berlins Untergrund. Daimler würde am Potsdamer Platz eine ausgezeichnete Regenwasseraufbereitungsanlage betreiben. Auf der Internetseite der BWB finden alle relevanten Angaben.
- \* Herr Natz, Pressesprecher der BWB, verweist auf die historische Herleitung der Investitionen. In den Geschäftsberichten sei alles Relevante nachzulesen. Über die Veröffentlichung weiterer Geschäftsdaten wird noch gesprochen. Er betrachtet die Frage von Frau Kosche als wichtige Anregung. 40 Mio. € würden jährlich in die Kanalsanierung investiert.

Literaturhinweis „Natürlich BERLIN“, hg. von Senatsverwaltung für Gesundheit, Verbraucherschutz und Umwelt; 10 €, [http://www.stadtentwicklung.berlin.de/service/veroeffentlichungen/de/buchhandel/natuerlich\\_berlin.shtml](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/service/veroeffentlichungen/de/buchhandel/natuerlich_berlin.shtml)

2. ARBEITS-GRUPPE

16:00

„Wasser zurück in öffentliche Hand?“ - Ein aktuelles Volksbegehren fordert Transparenz bei den Berliner Wasserbetrieben. Denn die 1999 zwischen dem Senat und den Privatunternehmen RWE und Veolia geschlossenen Verträge sind geheim. Alljährlich werden die Wasserpreise angehoben. Mittelfristig ist sogar die Qualität des bisher erreichten Ver- und Entsorgungsstandes gefährdet – für Mensch und Umwelt. Wo führt uns die Wasserprivatisierung hin? Ist eine Re-

kommunalisierung eine denkbare Alternative? Und wenn ja, wie ließe sie sich realisieren? – Die Arbeitsgruppe wird von Heidi Kosche (Bündnis 90/Die Grünen, AdL) und Dorothea Härlin (attac Berlin und Rat von attac D) moderiert.

Thomas Thierschmann

*Der große Ausverkauf. Warum die Umwelt der Verlierer der Wasserprivatisierung ist. Von Thomas Thierschmann:* Leben ist auf Wasser angewiesen. Zugang zu Wasser ist für die Menschen seit ihren Anfängen existentiell. Im verhältnismäßig regenreichen Mitteleuropa sind Oberflächengewässer weit verbreitet. Menschliche Wohnstätten lassen sich denn an den unterschiedlichsten Standorten nachweisen. Städtische Kulturen hingegen – wie sie uns aus dem Alten Orient bekannt sind - begannen sich im Berliner Raum erst im Spätmittelalter herauszubilden. Das eiszeitliche Urstromtal, eine mit vielen Wasserläufen durchzogene Auenlandschaft, blieb noch lange Zeit fast völlig siedlungsfrei. Siedlungsneugründungen konzentrierten sich zumeist auf die höher gelegenen Flächen des heutigen Barnim und Teltow. - Anders verlief die Entwicklung in den heißen und trockenen Ländern des Südens, wo die Menschen schon früh gezwungen waren, dem Wasser eine aufmerksame Beachtung entgegen zu bringen. Verbunden damit war eine überragende religiöse Verehrung des Wassers. Der beschränkte Zugang zu Wasser trug zu einem frühen Sesshaftwerden der Menschen bei. Für die Bewässerung der Felder waren Regeln erforderlich. Das beförderte technische Neuerungen. Aber auch eine zentralistisch organisierte Gemeinschaft, was zur Gründung des vormodernen Staates führte. Zudem waren die Sicherung des Zugangs zum Wasser sowie deren Verteilung und dessen Schutz Aufgaben, die nur mittels verbindlicher Rechtsnormen besorgt werden konnten. Die Trias „Wasser - Staat – Recht“ steht quasi für die Menschheitsgeschichte. Sie ist aus einer Wassermangelsituation heraus entstanden. - Die antiken Hochkulturen Griechenlands kannten hingegen keinen Wassermangel. Vielmehr setzten sie die Existenz von Wasser in nahezu unbegrenzter Weise voraus. Verschwendend wurde mit dem kostbaren Nass umgegangen. Zentralistische Strukturen und vermeintlicher Wasserreichtum, ergänzt um religiöse Erlösungslehren, sind dann auch das geistige Erbe, das uns die Antike hinterlassen hat. Vor dem hoch in den Himmel aufragenden Rockefeller-Center in New York steht ein auffallender Brunnen, den eine vergoldete Bronzefigur ziert. Es handelt sich dabei um Prometheus, Titan der griechischen Mythologie, ein Wohltäter der Menschen und Kulturbringer, an Stärke, Energie und Größe alles überragend, ein Himmelsstürmer, klug und kenntnisreich, schwebt über dem Brunnen. Sinnbild für eine Quelle, aus der fortwährend Leben spendendes Wasser sprudelt. Zugleich Assoziationen an den biblischen Schöpfungsmythos weckend, wo am Anfang der Welt über über dem Urozean der „Heiligen Geist“ lag. Aber auch Symbol für geschäftliche Erfolge und globale Stärke. Auf Sauberhaltung und Umweltschutz braucht jedoch keine Rücksicht genommen werden. Denn dem Brunnen entströmt „unerschöpflich“ neues, sauberes Wasser. - Die Menschheit benötigt von Tag zu Tag immer mehr von dem kostbaren Nass. Der Druck auf intakte Wasserressourcen nimmt zu. Das ver-

spricht gute Geschäfte, zumal die Geldmärkte nach neuen Anlagemöglichkeiten suchen. Auf dem Weg in die unerschöpfliche Kapitalakkumulation gibt es allerdings ein paar Hindernisse aus dem Weg zu räumen: Da ist einmal die kommunale Selbstverwaltung, zu der die Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgung gehört, an der sich der Bund der Deutschen Industrie reibt. Er plädiert für die „freien Marktkräfte“, die "in der Regel eine bessere Verwendung der Ressourcen, mehr Effizienz, bessere Qualität und günstigere Preise ermöglichen" würden. Staatliche Regeln wie Gesetze, Verordnungen, ökologische Normen und soziale Standards sollen abgeschafft, sprich dereguliert werden. Gebietsmonopole sollen aufgehoben, liberalisiert, die Rahmenbedingungen für den uneingeschränkten Wettbewerb geschaffen werden. Dies würde eine Beschleunigung der Privatisierung des Trinkwassermarktes zugunsten ausschließlich Gewinn orientiert wirtschaftender Privateigentümer erlauben. Im Ergebnis könnte dann auf den Agenda-21-Prozess, die Information der Bevölkerung über die Verwendung gefährlicher Stoffe, die Ausweitung des Verantwortungsbereichs der Wasserversorgung auf die Reinhaltung von Badegewässern, den sparsamen Umgang mit Wasser, den Fortbestand der lokalen Wasserversorgung und das Minimierungsgebot verzichtet werden. - Nur vergessen die Marktapologeten dabei, dass es sich bei Wasser um keine unerschöpfliche Ressource handelt. Auch wenn sie sich ständig erneuert. Wasser ist physikalisch und rechtlich, denn jede Nutzung ist genehmigungspflichtig, eine begrenztes Medium. Es steht selbst nicht im Wettbewerb mit anderen Produkten. Es ist lebensentscheidend für Mensch und Natur. Doch das ficht die Privatisierer nicht an. Gleich einem neuen, „modernen Prometheus“ – so der Untertitel von Mary Shelleys Roman Frankenstein - stürmen sie voran. Doch wohin wollen sie? Die „Tyrannei der Böden“ beenden? Das Gemeinwesen, Sinnbild gesellschaftlicher Einheiten, die wesentliche Aufgaben der Daseinsvorsorge selbst bestimmt wahrnehmen, auflösen? Die Demokratie abschaffen? Auf den Mars? Ans Ende der Welt? - Das macht Bange. Nüchternheit wäre angesagt. Die vorge-schichtliche Übernahme semi-arider Siedlungstechniken in den Waldgebieten Mitteleuropas ist eine Fehlentwicklung. Die weitere Stadtentwicklung Berlins sollte den Erfordernissen des regionalen Landschaftswasserhaushalts mehr Beachtung schenken. Die dichte Bebauung im Urstromtal ist zurückzunehmen und die weitere Entwicklung auf den nördlich und südlich gelegenen Hochflächen zu konzentrieren. Mit dem Tempelhofer Feld kann ein Anfang gemacht werden. Das geht aber nur, wenn die Stadt wichtige Instrumente zur Steuerung der kommunalen Entwicklung in der Hand behält, namentlich die Wasserver- und Abwasserentsorgung. Mit Gotteswahnsinnigen (R. Dawkins) ist das nicht zu machen.

David Hachfeld

Wegen Krankheit wird das Impuls-Referat von Rainer Heinrich zur „Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe. Der Anfang vom Ende einer nachhaltigen Wasserwirtschaft Berlins“ und Mathias Behnis' Teilreferat im Rahmen des Beitrags „Strategien der Rekommunalisierung. Wie können die Berliner Wasserbetriebe wieder in öffentliche Hände übernommen werden?“ von David Hachfeld getragen.

1994 beschloss der Senat Berlins, die Wasserbetriebe zu privatisieren. Der Eigenbetrieb der Stadt wurde in eine Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) umgewandelt. 1996 begannen die Privaten, wie RWE und Suez, mit der Lobbyarbeit. 1999 wurden die Verträge über eine Teilprivatisierung der Wasserbetriebe geschlossen. Die Verträge sind geheim. Lediglich bekannt ist, dass die Privaten als Minderheitseigner das Sagen haben. Obwohl das Land Berlin weiterhin Eigentümer ist, liegt das Verfügungsrecht zu 100% bei den Privaten. Das Demokratieprinzip wird damit unterlaufen. Der Senat sicherte vertraglich eine Renditegarantie zu. Die Teilprivatisierung ist jedoch nicht verfassungskonform. Die BWB sind nunmehr ein "öffentliches Unternehmen privaten Rechts" und keine "stille Gesellschaft" und auch keine "Anstalt des öffentlichen Rechts" im alten Sinne mehr. Doch genau das fordert der Wassertisch! - Nach einer Ruhezeit von fünf Jahren werden seit 2004 die Wasserpreise jährlich angehoben. Während im Bundesdurchschnitt die Teuerungen bei 8% liegen, belaufen sie sich in Berlin auf über 20%. Mit der Teilprivatisierung begann sich auch die Bewirtschaftung der Wasserressourcen zu ändern. Die Folgen für Stadt, Land und Natur werden sich erst langfristig zeigen. - 2004 stand die Berlinwasser Holding, in der die Gesellschafter zusammen geschlossen ist, kurz vor der Insolvenz. Ein von der Bayrischen Landesbank für den Kauf der Wasserbetriebs-Beteiligungen gegebener Kredit über 1,7 Mrd. € musste aufgelöst und ein neuer Kredit aufgenommen werden. Kredite sind konsequent zu bedienen. Um dem nachkommen zu können, muss die Verzinsung reibungslos laufen. Über die gegebenen Sicherheiten wachen die Banken. - Welches Interesse haben die Privaten an den Wasserbetrieben? Ihre Renditen sind groß. Aber woanders könnte man noch mehr verdienen. Also was ist es, was sie in Berlin auf Dauer hält: Die Wasserbetriebe halten über 70 international anerkannte Patente. Sie haben einen hohen technologischen Stand. Berlin/Brandenburg ist das drittgrößte Wasserforschungszentrum Deutschlands. Die Region hat einen halbtrockenen Charakter und ist durch Altlasten (des industriellen Zeitalters) belastet (Umweltgifte), was für Forschungen sehr interessant ist. Die Ergebnisse lassen sich auf andere Weltregionen übertragen. Vor allem lässt sich in der Region der Konflikt Wasser(ökologie) und Wirtschaft gut studieren (was u. a. das Kompetenzzentrum Wasser macht). Zudem ist Berlin ein Sprungbrett Richtung Osteuropa. - Die Wasserbetriebe stellen dick ihr Umweltengagement heraus. Doch sie machen nichts wirklich Neues. Sie erfüllen lediglich die gesetzlichen Vorgaben. Wie steht es um die 4. Reinigungsstufe in den Klärwerken? Wollen die Wasserbetriebe hier investieren?

Zu Strategien einer Rekommunalisierung: Nach dem Konsortialvertrag scheint die Lage der BWB erst einmal eindeutig. Er ist frühestens zum 31.12.2028 mit einer Frist von fünf Jahren kündbar. Bis zu diesem Zeitpunkt besteht die Holding unverändert fort und die privaten Investoren erhalten ihre garantierte Rendite und beherrschen die Geschäftsführung des Unternehmens. Bis Ende 2006 haben die Privaten auf ihre ursprüngliche Einlage von 1,69 Mrd. € eine Rendite von

insgesamt 760,3 Mio. € erhalten. Eigenen Prognosen zufolge wird sich diese Summe bis 2028 auf 3,95 Mrd. € erhöhen. Doch damit ist die ursprüngliche Einlage noch nicht abgegolten. Im Falle, dass die Stadt den Vertrag darüber hinaus nicht fortführen will und fristgerecht kündigt, ist nimmer noch der ursprüngliche Kaufpreis zu erstatten. Bei einem erhöhten Investitionsbedarf, etwa für die Erfüllung der Vorgaben aus der EG-Wasserrahmenrichtlinie, würde sich das betriebsnotwendige Kapital und die Rendite erhöhen. Dem könnte das Land nur damit begegnen, in dem es das Investitionsniveau absenkt; mit langfristig negativen Folgen für die Versorgungsinfrastruktur und die Umwelt. – Akzeptiert das Land diese Folgen nicht, dann muss es Steuer-gelder für die Begleichung der Renditeerwartungen der Privaten auf-bringen und dafür die Wasserpreise erhöhen. Die Wasserabnehmer würden dann versuchen, Wasser zu sparen. Das würde weitere Prei-sanhebungen zur Folge haben, da die Rendite unabhängig vom Was-serverbrauch zu erwirtschaften ist. Grund für dieses für Land und Verbraucher unschöne Entwicklungsszenario ist die teilprivatisierte Eigentumsstruktur des Unternehmens. - Damit kann die Suche nach Alternativen beginnen: Denkbar ist ein Rückkauf des Unterneh-mensanteils, den die privaten Investoren halten. Der wäre jedoch nur mit erheblichen Kosten zu haben. Nimmt man an, dass die Investoren einer vorzeitigen Vertragsauflösung nur zustimmen, wenn sie zusätz-lich zur Rückzahlung ihrer Einlagen auch die ihnen bis 2028 garantierten und noch nicht ausgeschütteten Renditen ersetzt bekommen, so wären das bei einem Rückkauf im kommenden Jahr 2,15 Mrd. €. Das ergäbe gegenüber einer Vertragsauflösung in 2029 eine Ersparnis von 1,13 Mrd. €, wenn sich das Land für einen Rückkauf in 2028 entscheiden würde. Letztlich bleiben diese Berechnungen jedoch wage Schätzungen. Denn unberücksichtigt bleibt hierbei, wie hoch die Investoren das Image und Wissen der BWB für eigene Expansio-nen bewerten oder inwieweit sich eine öffentliche Unzufriedenheit über die Berliner Wasserwirtschaft artikuliert, die die Privaten unter Druck setzen. – Ob eine Klage gegen die Teilprivatisierung der BWB Erfolg verspricht, ist unklar. Es fehlt an eingehenden rechtswissen-schaftlichen Einschätzungen. – Die Überprüfung des Konsortialvertra-ges durch den Verfassungsgerichtshof ist ein schwieriges Unterfangen. Eine Normenkontrollklage bedarf der Unterstützung des Senats oder eines Viertels der Abgeordneten des Abgeordnetenhauses; also eines hohen politischen Drucks. Zudem ist fraglich, ob der Verfas-sungsgerichtshof der Rechtmäßigkeit des Konsortialvertrages über-haupt prüfen kann, handelt es sich dabei doch um ein privatrechtli-chen Vertrag und kein Gesetz, der darüber hinaus der Geheimhal-tung unterliegt. – Eine Untersuchung des Konsortialvertrages durch ein Gericht, vorausgesetzt das Land Berlin macht dies mittels einer konfrontative Haltung gegenüber den Privaten möglich, könnte eine Verfassungswidrigkeit des Konsortialvertrages ergeben, der damit rechtlich nichtig ist. Denn die Klauseln, die den Privaten die Beherr-schung der Holding und AöR ermöglichen, sind verfassungsrechtlich problematisch. Dafür gibt es belastbare Indizien. Dies betrifft insbe-sondere die Vereinbarungen zur Besetzung der Vorstände und zur Bestellung der Aufsichtsräte. Hiergegen vorzugehen verspräche Aus-

sicht auf Erfolg. Einmal könnte es zu Verhandlungen über neue Absprachen zur Besetzung von Führungsgremien zwischen den Eigentümern kommen. Zum anderen könnten die Privaten auf Einhaltung der ursprünglichen Regelungen des Konsortialvertrages klagen, was dann doch noch eine juristische Prüfung des fragwürdigen Vertragswerkes bewirken würde. Die Chancen, dass die Klage der Privaten abgelehnt werden würde, stehen nicht schlecht. Würden sie an Einfluss in der Holding und der AöR verlieren, könnte das ihr Interesse an einem vorzeitigen Ausstieg aus dem Konsortialvertrag bewirken. Eine solche Strategie liefe jedoch auf eine Konfrontation des Landes mit den Privaten hinaus. Doch angesichts der derzeitigen politischen Konstellation im Senat ist eine solche Konfrontation unwahrscheinlich. Es bedürfte eines erheblichen politischen Drucks aus sozialen Bewegungen und Parteien, um den Senat zu solch einer konfrontativen Haltung zu bewegen. – Eine Debatte über eine mögliche Rekommunalisierung der BWB wäre mit einer Debatte über die Demokratisierung der Berliner Wasserver- und Abwasserentsorgung zu verknüpfen. Insgesamt ist die Berliner Wasserpolitik stärker zu politisieren.

Gerlinde Schermer

Wir Berliner wollen über unsere Wasserver- und Abwasserentsorgung selbst bestimmen! Frau Schermer hat für ihr Impulsreferat ein Argumentationspapier zum Volksbegehren „Wasser“ vorbereitet, auf das hier verwiesen wird. Ergänzend führt sie aus, dass die 1999 vor der Teilprivatisierung gemachten Versprechungen (Senkung der Preise, Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen in der Region) nicht erfüllt wurden. Genau das Gegenteil ist heute der Fall!

Diskussion

- \* Herr Natz, Pressesprecher der BWB, stellt die Gretchenfrage: Darf man mit der Wasserversorgung eigentlich Gewinn machen? Das Land Berlin hat lange vor der Teilprivatisierung der Wasserbetriebe entschieden, Wasser zu einem Geschäft zu machen. 1994 sei ein Vertrag des Vertrauens geschlossen worden. Mitte der 90er Jahre ist sehr viel investiert worden. Vor 20 Jahren hatten die BWB noch 7.300 Arbeitsplätze. Heute sind es nur noch 5.000. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es mit dem Zusammenschluss beider Stadthälften auf einen Schlag viele parallele Arbeitsplätze gab, die abgebaut werden mussten. Von den damals 157 Abwasser-Pumpwerken, sind heute noch 6 Hauptpumpwerke übrig. In ein paar Jahren wird es nur noch ein hochmodernes Abwasser-Pumpwerk geben. Seit der „Wende“ sind sieben Wasserwerke stillgelegt worden. Es wird ein striktes Vorsorgeprinzip praktiziert. Wasserschutzgebiete bleiben Wasserschutzgebiete. Die Preissteigerungen fallen sehr moderat aus.
- \* Fragerunde: Warum nimmt das Land Berlin nicht selbst diese Kredite auf? Das Betriebsgesetz soll novelliert werden. Wird Wirtschaftssenator Harald Wolf es bürgernäher gestalten? Verfügen die BWB über stille Einlagen? Was sind die Voraussetzungen für eine kostengünstige Rekommunalisierung? Öffentlich unabhängige Prüfungen?
- \* Die Fragen, so Herr Natz, sind eigentlich an die Politik zu richten.

Das sich das Land Berlin heute Geld aus dem Stammkapital der Wasserbetriebe holt, ist als Haupteigentümer ihr gutes Recht.

- \* Aus dem Publikum wird gesagt, dass Kreditaufnahmen generell unrentabel sind. Zu den getätigten Investitionen wünscht er sich detaillierte Angaben.
- \* Frau Kosche kommt auf die vorgesehene aktuelle Entnahme von ca. 540 Mio. € aus dem Stammkapital der Wasserbetriebe zu sprechen. Davon gehen 270 Mio. € an das Land Berlin, das wiederum mit diesem Geld die von den BWB eingeklagten Entgelte für die Regenwasserentsorgung bezahlt und weitere 270 Mio. € werden an RWE/Veolia ausgeschüttet. Das wären 15% des Kaufpreises des Anteils der Wasserbetriebe. Sie fragt den BWB-Presse-sprecher: Welche Auswirkungen hat das? Sie fragt weiter, wer denn die BWB finanziert hat? Wir die Bevölkerung! Die Rendite soll wieder dahin gehen, wo sie hergekommen ist. Die langfristige Versorgung der Bevölkerung mit gutem und billigem Wasser ist zu sichern.“ Die Fehler liegen grundsätzlich im System. Potsdam hatte auch eine Teilprivatisierung. Der damalige Bürgermeister Platzeck hat die Wasserbetriebe zurückgekauft. In Potsdam werden heute bei den Wasserbetrieben wieder Leute eingestellt. Wasser ist und wird immer ein Monopol sein. Daran ist stets zu denken.
- \* Ein Gast weist auf den Film „We feed the world“ hin, der die Problematik zwischen öffentlichen und privaten Gütern sehr gut herausarbeitet.
- \* Frau Härlin kritisiert die Eigentumsform. Die Offenlegung der Verträge müsste im Interesse aller sein. Es geht nicht um zwei Fronten, es geht um die Bürger!
- \* Herr Lölhöffel, Mediensprecher von Veolia, hält in Sachen Volksbegehren das Land für zuständig. Veolia, bzw. die beiden Gesellschafter, haben nichts gegen eine Offenlegung der Verträge. Doch das Land Berlin will die Verträge nicht offen legen. Hier gibt es einen Dissens zwischen den öffentlichen und privaten Eigentümern.
- \* Frau Kosche hat mehrmals beim Finanzsenator Sarrazin einen Einblick in die „geheimen Verträge“ gefordert. Das ist ihr anfangs gar nicht, dann nur scheinweise gewährt worden. Sie wurde in dem Raum, wo die Verträge lagern, eingeschlossen. Einen Stift durfte sie nicht mitnehmen. Einblick war ihr nur in den allgemeinen Vertragstext gewährt worden, nicht aber in die Detailinformationen. Der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen reicht es jetzt. Sie wollen auf Einsichtnahme klagen.
- \* Herr Rudek findet die Haltung von Veolia gut. Die sollten Druck auf den Senat ausüben.
- \* Herr Natz positioniert die Wasserbetriebe klar in einer Demokratie. Dazu gehören auch Volksbegehren. Wenn Herr Sarrazin irgendwo 2 Mrd. € finden sollte, kann das Land die BWB wieder zurückkaufen. Dann macht die Kommune das Geld? Aber was ist damit gewonnen?
- \* Herr Rudek fragt, wer denn für die Bankzinsen und die Verzinsung der Rendite aufkommt?

- \* Frau Schermer berichtet, dass drei Parteien mittlerweile einräumen, dass es falsch war, die Wasserbetriebe zu privatisieren. Nicht nur aus ökonomischer Sicht; auch aus ökologischer Sicht sind die Wasserbetriebe in der Kommune besser aufgehoben. Wasser ist das wichtigste Nahrungsmittel und gehört daher nicht in private Hände. Im Übrigen ist der Berliner Haushalt heute höher verschuldet, als damals und trotzdem wird der Zuschlag „Rendite +2%“ bezahlt.
- \* Herr Natz stellt klar, dass die Wasserbetriebe keine Vertreter der Konzerne sind. Die BWB sind (teil)privatisiert. Das ist nicht weiter schlimm. Wir haben eben mehrere Eltern.

## ABSCHLUSS- PLENUM

17:30

Hartwig Berger eröffnet das Abschlussplenum mit der Bitte an die Teilnehmer, zunächst aus den einzelnen Arbeitsgruppen zu berichten:

- \* Zur 2. AG „Wasser zurück in öffentliche Hand?“ hält Frau Kosche fest, dass sie die Aussage des Mediensprechers von Veolia, die privaten Gesellschafter haben keine Einwände gegen eine Offenlegung der Verträge, sehr interessant findet. Frau Härlin weist auf die Komplexität des Themas hin. Die Konflikte zwischen Ökonomie, Sozialem und Ökologie bedürfen weiterer Diskussionen. Ein Gast bekundet sein Misstrauen gegenüber der Privatisierung und Globalisierung. Der Palaver-Pluralismus sei Käse. Herr Natz betont, dass die Wasserbetriebe kein Konzern sind.
- \* Zur 1. AG „Wasser und Landschaft“ führt Herr Möller zusammenfassend aus, dass die von den Berliner Wasserbetrieben bewirtschafteten fünf Klärwerke in der Region (Waßmannsdorf, Ruhleben, Schönerlinde, Mönchehofe und Wandsdorf) zusammen 230 Mio. m<sup>3</sup> Abwasser jährlich reinigen. Von dem gereinigten Abwasser (Klarwasser) werden 6% Landschaftsräumen, in der Regel Rieselfelder, zugeleitet. Der große Rest fließt über Spree, Havel und Elbe in die Nordsee. Diesen Anteil gilt es zu verringern und die Beschickung der regionalen Landschaft mit gereinigtem Abwasser zu erhöhen.
- \* Frau Schermer kritisiert den Anschluss- und Benutzungszwang, der durch die Änderung des Betriebsgesetz festgeschrieben werden soll. Die Begründung des Senats dafür ist: Man wolle der Tendenz von Unternehmen begegnen, für ihren Wasserbedarf eigene Brunnen zu bohren, weil so den Wasserbetrieben Einnahmen verloren gingen. Dem soll jetzt ein Riegel vorgeschoben werden. Herr Natz entgegnet, dass die Entwicklung genau umgekehrt verlief. Traditionell hatte früher jedes Unternehmen, das einen größeren Wasserbedarf hatte, einen eigenen Brunnen angelegt, über das es sich mit den nötigen Wasser versorgte. Diese Praxis hat erheblich nachgelassen. Viele Brunnen seien aufgelassen. Nur noch wenige Unternehmen würden Wasser über eigene Brunnen fördern, wie z. B. Brauereien. Er sieht hier eher eine Drohgebärde der Unternehmen.

Herr Berger schließt die Veranstaltung in der Hoffnung, dass sie das Wissen erweitert hat und zu weiteren Lernprozessen führt. Die Beiträ-

ge der Tagung werden auf den Webseiten vom Ökowerk und des Berliner Wassertisches nachzulesen sein – [www.oekowerk.de](http://www.oekowerk.de) + [www.berliner-wassertisch.net](http://www.berliner-wassertisch.net). Im nächsten Jahr soll es zur Frage der Grundwasserförderung und der Genehmigung der Grundwasserentnahmemengen eine Folgeveranstaltung geben.